

ROT-ROTE ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK

Hilflos, herzlos, hoffnungslos

Die Schreckensmeldungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt nehmen kein Ende. Nachdem Samsung angekündigt hatte, das Werk im strukturschwachen Oberschöneeweide zu schließen - betroffen sind 750 Arbeitsplätze, will nun auch der Zigarettenhersteller Reemtsma 200 Stellen in Berlin abbauen. Diese Deindustrialisierung mit allen negativen Folgen für die Beschäftigten ist ein Ausdruck für die völlig ver-

dieser Senat schon seit langem nicht mehr. Ein Eingeständnis des Versagens, wie es Sarrazin nun formuliert hat, war daher nur eine Frage der Zeit. Was soll's, denken sich offenbar die Mitglieder des Senats. Wenn uns die Perspektiven ausgehen, gönnen wir eben auch anderen keine. Also den Rotstift gezückt und ran an die Zukunft dieser Stadt - nicht nur im Bereich Wirtschaft. 33 Millionen Euro will der Senat in den



Henkel redet Klartext

fehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des rot-roten Senats um Wowereit, Wolf und Co. Statt aktiv zu werden und den Kampf um Arbeitsplätze zur Chefsache zu machen, versucht man sich mit Durchhalteparolen durchzuschlagen. Der Vorschlag der Berliner CDU, einen Jobgipfel mit allen Beteiligten durchzuführen, wurde vom Regierenden Bürgermeister brüsk und arrogant abgelehnt. Ein Gegensteuern ist nicht in Sicht - im Gegenteil. Finanzsenator Sarrazin (SPD), der unrühmliche Meister der konzeptlosen Streichpolitik des rot-roten Senats, erklärte erst vor kurzem: „Ich gehe von einer sich verfestigenden Arbeitslosenquote von 15 bis 17 Prozent aus.“ Oder anders gesagt: Mit dieser hohen Sockelarbeitslosigkeit müssten die Berlinerinnen und Berliner leben, und der Senat hat sich damit abgefunden.

Diese Resignation ist erschütternd. Aber an einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage arbeitet

nächsten beiden Jahren allein bei der Jugendhilfe einsparen. Insgesamt werden seit dem Amtsantritt von Wowereit 2001 über 7000 Kinder und Jugendliche weniger betreut.

Damit zeigt sich deutlich: Die Politik des rot-roten Senats ist im höchsten Maße kalt und unsozial und bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt. Während Berlin in den meisten Wirtschaftsrankings weit abgeschlagen auf den letzten Rängen liegt, belegt die Hauptstadt z.B. bei Fragen nach der Armut die Spitzenplätze. Nach einer Erhebung des DPWV leben 29,9 Prozent der unter 15-jährigen von Sozialleistungen. Damit liegt Berlin bei der Kinderarmut im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf Platz eins.

Die Berliner CDU wird sich mit den Miseren nicht abfinden. Soziale Gerechtigkeit und eigenverantwortliche Lebensweise gehören zusammen. Jugend-, Familien- und Sozialpolitik in Berlin muss wieder engagiert, kreativ und innovativ werden. Wowereit hat gezeigt, dass er dazu nicht in der Lage ist. Außer Feiern ist für ihn nichts „Chefsache“. Was liegt also im WM-Jahr 2006 näher, als ihm für diese hilf- und herzlose Politik die rote Karte zu zeigen!

Angela Merkel wird Kanzlerin

Am kommenden Montag sollen offizielle Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Union beginnen. Das beschlossen die Spitzengremien der drei beteiligten Parteien auf Basis der bisher geführten Sondierungsgespräche. Die Union stellt danach mit Angela Merkel die Bundeskanzlerin. Auch über die Kabinettsaufteilung und erste inhaltliche Punkte wurde man sich einig.

Präsidium und Bundesvorstand der CDU gaben einstimmig grünes Licht für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. „Wir stehen an einer entscheidenden Weggabelung“, sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel in Berlin. „Wir wollen eine Koalition der neuen Möglichkeiten. Wir stellen uns dieser Aufgabe mit voller Überzeugung.“ Die Politik müsse vor allem dafür Sorge tragen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert werden. Beide Seiten seien zum Erfolg verpflichtet. Nach der Vereinbarung aus den Spitzengesprächen stellt die Union die Bundeskanzlerin, den Chef des Bundeskanzleramts sowie die Leitungen von sechs Ministerien. Die SPD stellt die Lei-

tungen von acht Ministerien, darunter den Vizekanzler. Merkel bezeichnete die Zuordnung der Ministerien als „fair und gerecht“. „SPD und Union sitzen mit der gleichen Zahl am Kabinetttisch“, sagte die Kanzlerkandidatin der Union. Die Entscheidung,

Tarifparteien besprochen werden. Weiterhin soll das Einkommensteuerrecht vereinfacht werden - Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge sollen aber steuerfrei bleiben. Schließlich soll sowohl über einen gleichen steuerlichen Grundfreibetrag für



mit wem die Ämter besetzt werden, liege ausschließlich bei den Parteien. Auch erste inhaltliche Vereinbarungen wurden bei den Sondierungsgesprächen getroffen. Ab 2010 soll ein Anteil von mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich in Forschung und Entwicklung investiert werden. Darüber hinaus hielten die Koalitionspartner betriebliche Bündnisse für Arbeit für notwendig, doch solle deren Ausgestaltung mit den

Eltern und Kinder als auch über die Einführung eines Elterngeldes gesprochen werden. Alles andere werde in den Verhandlungen geklärt, sagte Merkel. „Wir wollen aus der Konstellation etwas für die Menschen in unserem Land machen“, sagte Merkel. Die anstehenden Koalitionsverhandlungen bedeuteten „sehr viel Arbeit“. Aber sie habe den festen Willen, die Chancen einer großen Koalition zu sehen. „Ich freue mich darauf!“

Wer war bisher Bundeskanzler?

Bei den bisherigen sieben Bundeskanzlern stellte bislang vier Mal die Union den Regierungschef bei etwa 36 Regierungsjahren und drei Mal die SPD (etwa 20 Jahre).

Erster Bundeskanzler der Bundesrepublik war Konrad Adenauer (CDU). Er wurde am 5. Januar 1876 geboren und starb am 19. April 1967 im Alter von 91 Jahren. Adenauer war von 1949 bis 1963 Kanzler. Er wurde dreimal (1953, 1957 und 1961) wiedergewählt. Insbesondere die Westbindung der jungen Republik verbindet sich mit seinem Namen. Ihm folgte Ludwig Erhard, der am 4. Februar 1897 geboren wurde und am 5. Mai 1977 starb. Der CDU-Politiker Erhard machte sich unter Kanzler Adenauer als Wirtschafts-

minister vor allem als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ einen Namen. 1963 löste er Adenauer als Kanzler ab. Sein Nachfolger wurde Kurt Georg Kiesinger (6. April 1904-9. März 1988). Der CDU-Politiker Kiesinger war von 1966 bis 1969 Kanzler der bislang einzigen Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Willy Brandt wurde als erster Sozialdemokrat Kanzler. 1913 als Herbert Frahm geboren, benannte er sich nach der Machtergreifung der Nazis in Willy Brandt um. Er starb am 8. Oktober 1992. Von 1969 bis 1974 war er Regierungschef der SPD/FDP-Koalition. Sein wichtigstes Thema war die Aussöhnung mit Osteuropa. Wegen der Spionageaffäre Guillaume trat er 1974 zurück. Helmut Schmidt folgte

ihm. Der 1918 in Hamburg Geborene wurde '74 Kanzler. In seine Amtszeit fiel eine Weltwirtschaftskrise und die Terrorwelle der RAF. 1982 wechselte die FDP zur Union - Schmidt verlor sein Amt an Helmut Kohl. Helmut Kohl wurde am 3. April 1930 geboren. Von 1982 bis 1998 war er Kanzler des Bündnisses von Union und FDP. Er gilt allgemein als Kanzler der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Gerhard Schröder wurde am 7. April 1944 geboren. Er wurde 1998 in das Amt des Bundeskanzlers gewählt. Nach einer Serie von Niederlagen der SPD bei Landtagswahlen kündigte er im Mai 2005 vorgezogene Bundestagswahlen an, in denen die rot-grüne Regierung ihre Mehrheit verlor.